

# „Information statt allzu viel Emotionen“

Grün-Alternative Liste appelliert an CDU und „Heidelberger“ in Sachen Straßenbahn nach Kirchheim

kib. „Information statt Emotion“, mit dieser Devise möchte die Grün-Alternative Liste wieder „Sachlichkeit“ in die Debatte um die Straßenbahn nach Kirchheim bringen. Die Stimmung im Stadtteil sei keinesfalls so klar gegen die Tram, wie häufig suggeriert werde. Die Fraktionsvorsitzende Irmaud Spinnler appelliert an die CDU, die Argumente der Gutachter „nicht so einfach vom Tisch zu wischen“ und sich nicht in Wahlversprechen zu „verbeißen“.

„Wir wollen die Beste“, meint die Fraktion zum Vorschlag der „Heidelberger“, Kirchheim über eine Westtrasse zu erschließen, die weitgehend über unbewohntes Feld führe. „Es gibt klare Vorgaben, die im Interesse der Benutzer, der Steuerzahler, der Stadt und der HSB einzuhalten sind, denn schließlich werden Straßenbahnlinien nicht zum Selbstzweck gebaut, sondern nach Kriterien wie Attraktivität durch gute Erreichbarkeit, Schnelligkeit, und daraus resultierende Wirtschaftlichkeit.“ Teilstücke der Westvariante seien dabei bereits berechnet und als schwierig klassifiziert, da mit deutlich geringeren Fahrgastzahlen zu rechnen sei. „Wenn auf der Linie durch die Schwetzinger Straße drei Mal mehr Fahrgäste befördert werden, so sprechen diese Zahlen für sich“, sagt Irmaud Spinnler.

Doch der Reihe nach. In der vergangenen Woche hatten der CDU-Stadtrat und Landtagsabgeordnete Werner Pfisterer und die Oberbürgermeisterin einen vehementen Schlagabtausch darüber geführt, ob und wie eine Entscheidung über die Planungen der Straßenbahntrasse zustande kam (die RNZ berichtete ausführlich).

Laut Protokoll fiel die Entscheidung am 16. November letzten Jahres mit 36 Ja-Stimmen positiv aus. Darin enthalten ist aber auch der Auftrag, dass noch einmal sämtliche Varianten der Trassenführung sorgfältig geprüft werden. Bis zu einer Entscheidung darüber, so der Auftrag, solle das laufende Verfahren nur fortgeführt werden, „soweit es notwendig und unumgänglich ist, um die Förderfähigkeit... zu erhalten“. Das Regierungspräsidium werde gebeten, das so genannte Plan-

feststellungsverfahren erst dann abzuschließen, wenn die Entscheidung in Zusammenhang mit der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes getroffen ist.

Allerdings stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Hubert Laschitzka damals klar, „dass im Interesse, die großen verkehrspolitischen Entscheidungen mit großen Mehrheiten zu fassen, die Mehrheit der Fraktion die Bedenken gegen den Entschließungsentwurf in der vorliegenden Fassung zurückgestellt hat“. Seine Fraktion, so ließ er zu Protokoll nehmen, lege Wert darauf, „dass damit keine Zustimmung signalisiert werde zur Straßenbahntrasse durch die Schwetzinger Straße“. Diese werde von seiner Fraktion auch weiterhin abgelehnt. Auch Wolfgang Lachenauer von den „Heidelberger“ machte deutlich, dass seine Fraktion der Trasse durch die Schwetzinger Straße nicht zustimmen werde, sei aber bereit, das Verfahren auf „kleinster Flamme“ mitzutragen.

Von „Tricksereien“ der Oberbürgermeisterin, wie sie Pfisterer Beate Weber vorwirft, kann laut GAL keine Rede sein. Alle Trassen seien noch einmal von renommierten Gutachtern gleichwertig unter die Lupe genommen worden. Das Ergebnis falle allerdings eindeutig zu Gunsten der Variante „Schwetzinger Straße“ aus. Derzeit befinde sich der Gemeinderat in der Phase vor der Entscheidung über die Trasse und über die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes. „Ich verstehe die Aufregung nicht“, so Irmaud Spinnler.

Unter dem Strich entscheidend sei aber, dass eine deutliche Mehrheit dem Verfahren zugestimmt habe. Dass CDU und Heidelberger Einschränkungen zu Protokoll gegeben haben, ändere daran nichts. Wenn die Christdemokraten wirklich gegen jegliche weitere Pläne einer Straßenbahn nach Kirchheim gewesen wären, hätten sie ihrer Ansicht nach dagegen stimmen müssen.

Ursprünglich, so erinnert sich die Fraktionsvorsitzende, sei es auch die Absicht der CDU gewesen, jegliche Straßenbahnprojekte zu stoppen. Als absehbar wurde, dass dies nicht klappen würde, habe man sich zur Zustimmung entschlossen und seine Einschränkun-

gen zu Protokoll gegeben. Die Entscheidung, das Verfahren zum Erhalt der Förderfähigkeit fortzuführen, sei eine Kompromissformel gewesen.

Dass sich die CDU jeder weiteren Informationsveranstaltung konsequent entziehe, hält sie für ein bedauerliches „Abkapselungsverhalten“. Jetzt gelte es die Gemüter zu kühlen, um im Herbst doch noch zu einem vernünftigen Entschluss zu kommen.